

SPERRFRIST: 20.05.2017 – 12 Uhr

«Ein Vierteljahrhundert auf Kurs»

Rede an der Jubiläumsfeier 25 Jahre SVP Stadt und Kanton Luzern
am 20. Mai 2017 im KKL Luzern

von Christoph Blocher, a. Bundesrat

Es gilt das schriftliche und das mündliche Wort. Der Redner behält sich vor, auch stark vom Manuskript abzuweichen.

Inhaltsverzeichnis

I.	Göttipflichten, Göttifreuden.....	3
II.	Geistige Verwahrlosung nach dem Mauerfall.....	4
III.	Vakuum in der Zentralschweiz.....	5
IV.	Der Kampf beginnt erst richtig.....	6
V.	Konsequenzen der EU-Ankettung.....	7

Herr Präsident,

Herr Regierungsrat,

Frau Nationalrätin, Herren Nationalräte,

Damen und Herren des Kantons- und Stadtparlaments,

Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden, der Gerichte und der Kirche,

Getreue liebe Mitlandleute,

Luzernerinnen und Luzern,

Liebe Frauen und Männer!

I. Göttipflichten, Göttifreuden

Vor genau 25 Jahren ist die Luzerner SVP gegründet worden. Die „Luzerner Neusten Nachrichten“ titelten damals: „SVP Luzern sang mit Götti Blocher die Nationalhymne“.¹ Natürlich erinnere ich mich noch genau an jenen Abend in der Gersag-Halle in Emmen. Und zwar sowohl an die gesungene Nationalhymne wie an mein Göttiamt.

Doch was ist eigentlich ein Götti? Und was ist sein Auftrag? Ich habe das Patenamnt immer ernst genommen, sei es gegenüber Kindern, aber auch gegenüber neu gegründeten Jungparteien unserer SVP. Der Pate ist in allererster Linie Zeuge einer Taufe beziehungsweise einer Neugründung. Darum sollte er bei der Taufe anwesend sein. Sonst könnte er ja nicht bezeugen, dass sie überhaupt stattgefunden hat. Dann sollte ein Pate dem Täufling den richtigen Weg weisen. Ob mir das mehr oder weniger gelungen ist, müssen andere beurteilen. Nun hat man es als Pate einer Parteigründung ja im Gegensatz zu einer Taufe mit erwachsenen, mündigen, selbstverantwortlichen Menschen, mit volljährigen, urteilsfähigen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu tun. Diese sind selber in der Lage, den richtigen Weg zu beschreiten. Mehr als Anstösse geben kann da ein Götti nicht. Ich weiss noch, dass ich der Luzerner SVP 1992 bei ihrer Gründungsversammlung gesagt habe, wir lebten in einer orientierungslosen Zeit. Dabei wünsche sich die Bevölkerung nichts lieber als eine Partei mit Politikern, die konsequent und standhaft den richtigen Kurs steuerten und die an ihre Wähler, nicht an sich selber denken. Politiker, die sich auch durch Verunglimpfungen nicht von ihrem Kurs, von ihren Aufgaben und vor allem von ihren Versprechen abbringen liessen. Ich habe damals auch gesagt, vor allem unsere führenden Köpfe würden angegriffen, denn unsere Gegner zielten auf die Generäle, nicht auf die Fusstruppen. Und ich sagte wörtlich: „Sie müssen gute Politik machen, dann kommen die Wähler automatisch. Sie dürfen aber nicht Politik machen, um wiedergewählt zu werden. Wir sind die Knechte des Volkes, nicht umgekehrt. Viele Politiker müssten sich dies-

¹ LNN, 2.5.1992, S. 15.

bezüglich an der Nase nehmen. Die sind oft so eitel, dass sie wohl gar ihre Röntgenbilder retouchieren.“²

II. Geistige Verwahrlosung nach dem Mauerfall

Tatsächlich herrschte damals, im Jahr 1992, eine grosse Orientierungslosigkeit und geistige Verwahrlosung, vor allem im bürgerlichen Lager. Die Sozialisten waren ja schon immer Internationalisten, die träumten, durch Aufhebung aller Grenzen sei das rote Paradies von angeblicher Gleichheit und Gerechtigkeit zu gewinnen. Gleich sind die Leute so am Schluss schon, nämlich gleich arm.

Neu aber war, dass auch Bürgerliche an unseren bewährten Staatssäulen zu zweifeln und zu nagen begannen. 1989, nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch des Ostblocks, meinten viele, nun sei der ewige Friede ausgebrochen. In pubertärer Naivität wollte man die Armee abschaffen oder doch völlig umbauen und suchte die Erlösung vom mühsamen, manchmal etwas einsamen neutralen, souveränen Kleinstaat durch die Integration in die damalige Europäische Gemeinschaft (EG), die heutige Europäische Union. Kurze Zeit später versank das frühere Jugoslawien – bloss eine Flugstunde von uns entfernt – in einen entsetzlichen, blutigen Bürgerkrieg.

Viele Bürgerliche und namentlich die Wirtschaftsverbände träumten 1992 in Erwartung des europäischen Binnenmarktes und der Währungsunion von ungeahnten Wirtschaftsperspektiven. Dagegen fiel bei ihnen der Verlust der Unabhängigkeit, der Neutralität und des Föderalismus kaum ins Gewicht. Ich war mir im Vorfeld der Jahrhundertabstimmung über den EWR nicht sicher, ob die SVP die Kraft für ein Nein haben würde. Darum stellte ich mich darauf ein, den Kampf einzig mit der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) zu führen. Im Zürcher Albisgüetli mahnte ich 1992, dass all jene ein Risiko eingingen, die klar, einfach und mutig Stellung nahmen. Ich sagte damals – und ich glaube, es gilt auch noch 25 Jahre später: „Man wird von feigen Gegnern in unsachlicher Weise angegriffen, unglaubwürdig gemacht; es werden Intrigen geschmiedet. Dagegen gibt es ein gutes Mittel: Wie Friedrich der Grosse sage ich in solchen Situationen: ‚Wer viele Affen um sich hat, der wird auch oft gebissen‘.“³

Doch Anfang Juli 1992 beschloss die Zürcher SVP als erste Kantonalpartei die Nein-Parole zum EWR. Ich kreuzte zuvor die Klängen mit dem bundesrätlichen Chefunterhändler, Staatssekretär Franz Blankart. Dieser erklärte gleich eingangs, er wolle sein Referat über die Notwendigkeit des EWR-Beitritts auf Hochdeutsch halten, um sich dadurch präziser auszudrücken. Ich aber entgegnete: „Und ich rede lieber in Mundart. Denn das, was ich zu sagen habe, ist so einfach und klar, dass man es auch auf Schweizerdeutsch versteht.“⁴ Schliesslich stimmte nicht nur die Zürcher SVP, sondern auch die SVP Schweiz und ebenso der Schweizerische Bauernverband gegen den EWR. Aber die parteiinternen Kämpfe waren heftig. Zeitweise drohte sogar eine Parteispaltung. Die Luzerner SVP in der Stadt und auf dem Land hat Kurs gehalten. Gründungspräsident Hannes Estermann hat gegenüber den Medien unmissverständlich erklärt, „man werde eher auf der Zürcher als

² SVP-Kurier, Sonderausgabe zum 25-Jahr-Jubiläum der SVP des Kantons Luzern, 2017, S. 11.

³ Zürcher Bote Nr. 5, 31.1.1992, S. 1.

⁴ Zürcher Bote Nr. 28, 10.7.1992, S. 1.

auf der Berner Schiene der SVP fahren“.⁵ Das ist 25 Jahre her. Heute gibt es zum Glück keine Berner und keine Zürcher und keine Luzerner Schiene mehr, sondern nur noch die fadengerade einzige Schiene der SVP Schweiz!

III. Vakuum in der Zentralschweiz

Bei einer Versammlung des Innerschweizer Bauernbundes Anfang Dezember 1991 merkte ich in einer völlig überfüllten Mehrzweckhalle in Stans durch den riesigen Applaus und zustimmendes Jauchzen, dass die Bauern wegen der Europafrage politisch heimatlos geworden waren. Dies galt aber nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für die Zentralschweiz ganz allgemein, für Gewerbetreibende, Unternehmer, Angestellte oder Hausfrauen. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger fühlten sich durch ihre bisherigen Parteien – die FDP/Liberalen und die CVP – nicht mehr ernst genommen. Dies war der Moment, wo sich in mehreren Kantonen neue SVP-Parteien gründeten, so in Zug, Uri und Luzern. In Schwyz kam es zu einer deutlichen Wiederbelebung. Es ging darum, diesen politisch heimatlosen Zentralschweizern Orientierung und Halt zu geben. Weil die SVP Schweiz unter Führung der mächtigen Berner Sektion diese Neugründungen gar nicht gerne sah, sprang das Zürcher Parteisekretariat mit Hans Fehr unterstützend ein. So auch bei der Gründung der Luzerner Kantonalpartei, die 1992 zuerst in der Stadt und kurz danach auf dem Land vollzogen wurde. Schon im Dezember 1991 stellten die „Luzerner Neusten Nachrichten“ die 21-köpfige Kerntuppe der künftigen kantonalen SVP vor und titelten spürbar wenig begeistert: „Auch in Luzern wird nun geblochert.“⁶

Es hat mich damals gefreut, dass die Luzerner SVP von Stadt und Land von der Taufe direkt ins Erwachsenenalter übersprang. Jedenfalls zeugte es von grosser Reife, dass ich bald nach der Gründung – wiederum in den „Luzerner Neusten Nachrichten“ – einen Artikel mit dem Titel lesen konnte: „Die Luzerner SVP sagt Nein zum EWR-Vertrag.“⁷ Im Oktober lud mich die Luzerner Kantonalpartei zusammen mit meinem Mitkämpfer Prof. Kurt Schiltknecht, der trotz SP-Mitgliedschaft den Mut hatte, öffentlich gegen die intellektuelle Fehlkonstruktion des EWR anzutreten, ins überfüllte Kunsthaus ein. Einen Grossaufmarsch gab's nicht nur beim Publikum, sondern auch dank Fahنشwingern, Treichlern und Geisslechlöpfern. Die Linken, die eine solche Veranstaltung nie fertig gebracht hätten, versuchten selbstverständlich, ein Gelingen durch chaotische Störmanöver zu verhindern. Da erinnerte ich mich an Churchill, der einmal gesagt hat: „Sozialismus ist das Glaubensbekenntnis des Neides!“

Selbstverständlich stand damals auch im Kanton Luzern praktisch die gesamte Classe politique auf der andern Seite. CVP-Nationalrätin Judith Stamm beurteilte als Mitglied der Europa-Union den „EG-Beitritt als logische Konsequenz“ und sagte: „Der EWR ist ein frauenfreundliches Projekt.“ Doch bestehe „in Sachen EWR ein grosses Informationsdefizit“.⁸ Das kennen wir ja in der Politik: Wir Politiker wissen, was gut ist, doch das Volk hat ein „Informationsdefizit“. Das heisst im Klartext: Das Volk ist zu dumm! Das angeblich dumme Luzerner Volk stimmte am 6. Dezember 1992 bei einer Stimmbeteiligung von 81

⁵ LNN, 21.12.1991.

⁶ LNN, 21.12.1991.

⁷ LNN, 25.8.1992, S. 18.

⁸ NZZ, 21.8.1992, S. 17, 18.9.1992, S. 23.

Prozent mit 61 Prozent für ein Nein zum EWR. Die damalige Luzerner Ständeratspräsidentin Josi Meier (CVP), angeblich „Europäerin der ersten Stunde“, sagte danach in der „Coop-Zeitung“: „Das Wunder ist nicht eingetreten.“ Ja, das blaue Wunder ist nicht eingetreten, denn mit dem EWR-Beitritt hätten wir ganz sicher ein blaues Wunder erlebt!⁹ Der freisinnige Luzerner Bundesrat Kaspar Villiger – zu seinen Ehren sei gesagt, dass er nie ein EU-Turbo war –, sprach nach dem EWR-Nein denn am kantonalen Parteitag seiner Partei unter dem Motto „Nach dem EWR-Nein jetzt die Schadensbegrenzung.“¹⁰ Nun, wenn der 6. Dezember 1992 ein Schaden war, dann nehmen wir von der SVP diesen Schaden gerne auf unsere Kappe!

IV. Der Kampf beginnt erst richtig

Nach diesem Blick zurück wollen wir umso klarer nach vorne sehen. Dazu mahnt uns auch der Bundesbrief von 1291. Jede Zeit hat ihre Arglist, auch die unsere! Der Bundesrat will laut Bundespräsidentin Doris Leuthard noch in diesem Jahr einen Rahmenvertrag, ein institutionelles Abkommen mit der EU verabschieden. Das ist gleichbedeutend mit der Übernahme von fremdem Recht und der Anerkennung von fremden Richtern. Darüber wird es in nächster Zeit auch zu einer Volksabstimmung kommen. Bei dieser Abstimmung geht es um das Sein oder Nichtsein der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Denn unser Land ist eigenständig, souverän, neutral und direktdemokratisch, oder es ist nicht mehr unser Land!

Immerhin haben wir es heute etwas einfacher als 1992. Bei der EWR-Abstimmung war die Bevölkerung punkto EU-Beitritt noch praktisch in zwei gleiche Teile getrennt. Heute wollen 80 Prozent der Bevölkerung nicht mehr in die EU – auch nicht mehr in der Westschweiz. Die Neutralität hat sogar Zustimmungsraten von weit über 90 Prozent. Auch die bürgerlichen Parteien FDP und SVP behaupten offiziell, sie wollten nicht in die EU. Und die Präsidenten dieser Parteien sagen auch, sie seien gegen einen Rahmenvertrag. Nur: Warum haben sie letztes Jahr bei der Beratung der bundesrätlichen Jahresplanung einen SVP-Antrag abgelehnt, den Abschluss eines Rahmenvertrags zu streichen? Sie sehen, meine Damen und Herren: Misstrauen bleibt erste Bürgerpflicht!

Auch die Luzerner SVP ist also gefordert. Wir müssen jetzt alles Nebensächliche auf die Seite schieben und uns voll und ganz auf das grosse Ziel konzentrieren: Es gilt, die zwischen Brüssel und Bundesbern vereinbarte Ankettung an die EU zu verhindern! Die Übernahme von fremdem Recht und die Anerkennung fremder Richter widerspricht dem Geist des Bundesbriefes von 1291 ebenso wie der Bundesverfassung von 1848. Ganz gleichgültig, ob die Ankettung als „Stromabkommen“, als „Rahmenvertrag“ oder als „Bestätigung des bilateralen Wegs“ daherkommt: Es geht um nichts anderes als um einen Kolonialvertrag. Die Schweiz würde aufhören, ein souveräner, eigenständiger, direktdemokratischer Staat zu sein. Die Schweiz würde zu einer Rechtskolonie der EU absinken. Gewiss, die Politiker, Diplomaten und Beamten würden an Einfluss gewinnen. Aber die Bürgerinnen und Bürger würden an Einfluss verlieren.

⁹ Coop Zeitung, 10.12.1992, S. 2.

¹⁰ LNN, 9.12.1992, S. 1.

V. Konsequenzen der EU-Ankettung

Sollte dieser Rahmenvertrag bei Volk und Ständen durchkommen, so hätte dies schwerwiegende Konsequenzen:

- Es wäre das Ende unserer Unabhängigkeit, die unsere Vorfahren in schweren Kämpfen errungen haben. Und dies im Jubiläumsjahr unseres Landesheiligen Bruder Klaus! Sie als Luzerner sind seit fast 700 Jahren Eidgenossen und wissen, wovon ich spreche!
- Es wäre das Ende unserer bewährten Neutralität, denn die EU plant eine gemeinsame Sicherheits-, Verteidigungs- und Aussenpolitik, die mit unserer immerwährenden Neutralität absolut unvereinbar ist.
- Es wäre das Ende unseres weltweiten Sonderfalls der direkten Demokratie, in der die Bürger, nicht die Regierenden das Sagen haben.
- Es wäre das Ende unserer Weltoffenheit, denn statt Freundschaft, gute Beziehungen und Handel mit der ganzen Welt wären wir Teil eines Kontinents, der sich gegen die übrige Welt abschottet. Und dessen weltoffenstes Mitglied, Grossbritannien, sich eben erst aus dem Club verabschiedet hat.
- Ein Ja wäre möglicherweise die Schleuse zu einem EU-Beitritt, auch wenn der Titel der Vorlage anders heissen wird. Denn bei einem Ja werden die Abstimmungssieger behaupten: Eine Übernahme von sämtlichem EU-Recht ohne volle Mitbestimmung sei unwürdig und es sei eine Frage der Ehre, dass die Schweiz jetzt der EU als Vollmitglied beitrete.
- Ein Ja wäre der Anfang vom Ende unseres Wohlstandes. Denn gerade weil wir nicht in der EU sind, geht es uns in allen Bereichen besser. Weil wir nicht in der EU sind, strömen so viele Menschen in die Schweiz und wollen hier ein besseres Leben haben – speziell auch Leute aus dem EU-Raum.

Meine Damen und Herren, die Aufgabe der SVP wird schwer. Sie wird von uns allen den letzten Einsatz abverlangen. Aber wir haben auf unserer Seite die gute Sache und den vollen Einsatz so vieler uneigennütziger Mitkämpferinnen und Mitkämpfer. Ich bin guten Mutes, denn ich weiss: Ich kann auf Sie zählen! Aber Sie sollen auch wissen: Sie können auf mich zählen. Ich habe mich genau für diese Aufgabe von meinen Alltagspflichten als Parlamentarier befreit. Uns allen, Ihnen wie mir, ist die Schweiz dieser volle Einsatz wert!

Ich danke Ihnen, dass Sie sich dem Ruf Vaterlandes nicht versagen. Unter Gottes Macht-schutz werden wir diesen Kampf gewinnen!